

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

**Auf Sammelanzeigen**  
kommen 50% Zuschlag

**Für Platzvorschriften**  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerihtsstand**  
für beide Teile ist Calw



**Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

**Schluss der Anzeigen-**  
**annahme 8 Uhr vormittags**

**In Fällen höherer Gewalt**  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 13

Montag, den 18. Januar 1932

Jahrgang 104

## Keine Entscheidung auf der Lausanner Konferenz Englisch-französisches Einvernehmen über eine Vertagung der Tributfrage — Lösung erst nach grundsätzlicher Verständigung

— Berlin, 17. Jan. Wie in Völkerverbindungen verlautet, gewinnt die Auffassung von der Notwendigkeit einer Vertagung der Lausanner Tributkonferenz immer mehr Anhänger. Die Pariser Zeitung „Journal“ spricht bereits von einem amtlichen französischen Schritt bei den beteiligten Regierungen zur Verschiebung der Konferenz um 5 bis 6 Monate. Es habe den Anschein, als ob dieser Antrag allgemein angenommen werde. Unter diesen Umständen werde die Lausanner Konferenz zwar zum festgesetzten Zeitpunkt eröffnet werden, aber nicht länger als 4 bis 5 Tage dauern. Die Sachverständigen würden lediglich Kenntnis von den vorbereitenden Arbeiten nehmen und dann noch im Laufe des Jahres eine neue Konferenz abhalten. Außerdem sei beabsichtigt, daß die in Lausanne vertretenen Mächte in einer gemeinsamen Note der amerikanischen Regierung den Vorschlag machen sollten, das Moratorium um weitere 6 Monate zu verlängern. Diese Maßnahme würde es erlauben, die Lausanner Konferenz bis nach den französischen und deutschen Wahlen hinauszuschieben. Die Verschiebung müsse dazu benutzt werden, eine Gegenoffensive vorzubereiten. „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß sich die französische Regierung bereits für die Verschiebung entschlossen und dies dem amerikanischen und englischen Botschafter in Paris mitgeteilt habe.

In Berlin werden die sich verstärkenden Gerüchte, daß Frankreich und England nunmehr gemeinsam auf eine Verschiebung der Lausanner Tributkonferenz hinarbeiten, um dadurch Zeit für Kompromißlösungen zu gewinnen, mit Befremden verfolgt. Der Eindruck verstärkt sich, daß trotz grundsätzlicher Anerkennung der deutschen Tributunfähigkeit auch von englischer Seite doch immer angedeutet wird, daß die Tributunfähigkeit Deutschlands lediglich ein „Ausgangspunkt“ sei, wobei systematisch behauptet wird, daß nach einem gänzlichen Aufhören der Tributzahlungen Deutschland angeblich viel geringere innere Schulden haben würde als andere Länder. Die gleichen Behauptungen werden besonders gegenüber der deutschen Reichsbahn aufgestellt. Demgegenüber hält man deutscherseits an der sachlich begründeten Erklärung des Reichskanzlers kurz vor Weihnachten und gleich nach Erscheinen des Baseler Gutachtens fest, wonach irgendwelche Kompromißlösungen der Krise weder gerecht werden könnten, noch imstande wären, die Krise zu lösen. Es wäre unverantwortlich, wollte man die Welt über das Schicksal der deutschen Tribute und der damit verbundenen allgemeinen Unsicherheit noch länger im Unklaren lassen.

Die „Germania“ schreibt: „Jeder Versuch, aus Deutschland die sogenannten „Minimallasten“ herauszupressen, kann nur mit einem klaren und deutlichen „Non-acceptation“ beantwortet werden, aus finanzpolitischen, aus psychologischen und nicht zuletzt aus grundsätzlichen Erwägungen heraus.“

### Laval sucht nach Vorbehalten

In Paris hat am Samstag Ministerpräsident Laval in seiner Eigenschaft als Außenminister außer dem deutschen

## Forderungen Mussolinis zur Behebung der Weltwirtschaftskrise

In einem im Londoner „Sunday Dispatch“ erscheinenden Artikel beschäftigt sich Mussolini mit der Wirtschaftskrise und den Möglichkeiten zu ihrer Behebung. Die Weltkrise, so schreibt der italienische Ministerpräsident, habe nun denjenigen Punkt erreicht, wo die schnellsten und wirksamsten Heilmittel nötig seien. Alle Maßnahmen hätten keinen Zweck. Die Entschlüsse müßten rasch gefaßt werden, und es dürfe keinerlei Verschiebung mehr zugelassen werden. Der Weltmarkt befinde sich jetzt in einer Zwangsjacke. Ueberall seien hohe Zollmauern aufgerichtet. Kein Land wolle mehr Waren hereinlassen, aber soviel als möglich ausführen. Dazu komme die Frage der Kriegsschulden und Tribute. Frankreich und Amerika seien im Besitz von 75 Prozent des Goldes. Wie könne man erwarten, so sagt Mussolini, daß die Staaten ihre Schulden bezahlen, wenn sie die Zahlungen nur in Gold leisten dürften, das sie nicht besitzen. In Waren zu bezahlen sei auch unmöglich, weil die Zollmauern ihrer Gläubignationen so hoch seien, daß keine Waren die Grenze überschreiten können.

Wie bei Ausbruch eines Krieges die diplomatischen Verträge so habe man jetzt Handelsverträge zerrissen. Schon hätten Spanien und Frankreich ihre Handelsverträge mit Italien gekündigt und die Schweiz habe ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland abgebrochen. In Kürze werde dieser wirtschaftliche Kriegszustand in der ganzen Welt verbreitet sein. Die Zeit sei nun gekommen, so stellt der

Botschafter von Poesch auch den amerikanischen Botschafter Edge und den Generalsekretär des Außenministeriums, Berthelot, empfangen. Anschließend fand eine Besprechung Laval mit Finanzminister Flandin statt. Ueber die Unterredung des französischen Ministerpräsidenten mit dem amerikanischen Botschafter verlautet in gut unterrichteten Kreisen, Laval habe dabei darauf hingewiesen, daß Frankreich das einzige Gläubigerland Deutschlands sei, dessen Saldo nach Abzug der interalliierten Schulden noch aktiv bleibe. Ein Verzicht auf die Tribute würde demnach ein neues Opfer für Frankreich bedeuten. Deshalb habe man auch bei den französisch-englischen Verhandlungen eine Kommerzialisierung des französischen Saldos in Erwägung gezogen. Die Frage sei nur, ob der augenblickliche Finanzmarkt eine derartige Operation erlaube. Laval habe den Botschafter außerdem auf die letzten Erklärungen des Reichskanzlers und die dadurch hervorgerufene Verwirrung hingewiesen. Man müsse sich zum mindesten darüber klar sein, worüber man in Lausanne verhandeln wolle und wie weit die einzelnen Vertreter der Regierungen Verpflichtungen übernehmen könnten. Die Dauer des Moratoriums und die Frage, was nach diesem Moratorium geschehen solle, seien Fragen, die zum großen Teil von den Absichten der amerikanischen Regierung abhängig gemacht werden müßten. Frankreich werde einem Moratorium zustimmen, aber die Verantwortung für die Auswirkungen ablehnen müssen, die eine solche Haltung auf die auswärtigen Verpflichtungen der französischen Regierung haben könnte.

### Die englisch-italienischen Sachverständigenverhandlungen in London

Am Samstag abgeschlossen worden. Sir Frederic Leyth hat erklärt Pressevertretern gegenüber, die Besprechungen seien sehr freundschaftliche gewesen. Es werde sich, wie er glaube, herausstellen, daß die Ansichten der englischen und italienischen Regierung sehr eng miteinander übereinstimmen.

## Minister Stegerwald zur deutschen Krise

U. Gladbeck, 18. Jan. Auf dem Kreisparteitag der Zentrumspartei Vestis-Necklinghausen hielt Reichsarbeitsminister Stegerwald am Sonntag eine längere Rede, in der er u. a. ausführte, daß bei einem leidlichen Gelingen der Lausanner Konferenz die tiefste Zone der Wirtschaftskrise bei uns in einigen Monaten erreicht sei, daß aber die tiefste Zone der Finanzen des Reiches und Staates erst im zweiten Halbjahr 1932 komme. Von der Privatwirtschaft müsse verlangt werden, daß sie in Zukunft mit größerer Publizität arbeite. Die freie Preisbildung müsse in Zukunft zur Regel werden. Während das 19. Jahrhundert die industrielle Erzeugung geregelt und die große Leistungsfähigkeit entfaltet habe, sei die Zukunftsaufgabe die Regelung der Warenverteilung.

italienische Ministerpräsident schließlich fest, daß die Staatsmänner zusammenkommen und den Wirtschaftskrieg beenden. Besonders die Goldfrage müsse dringlich behandelt werden, denn eine wirkliche Lösung der Wirtschaftskrise sei nicht möglich, solange Frankreich und Amerika das Goldmonopol hätten. Alle Zollmauern müßten heruntergefeßt werden, damit der Weltmarkt wieder in Schwung komme und die Staaten ihre Zahlungen in Waren leisten könnten.

### Unveränderter außenpolitischer Kurs in Ungarn

Der gegenwärtig zu Besuch in Rom weilende ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte, sein jetziger Aufenthalt in Rom sei ein fühlbares Dementi, daß keine Veränderung in der ungarischen Regierungspolitik stattgefunden habe, die auf der Grundlage einer anfrichtigen Freundschaft mit dem faschistischen Italien ruhe.

## Eisenbahnkatastrophe bei Moskau

U. Berlin, 18. Jan. Vor dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion beginnt nach einer Meldung aus Moskau heute der Prozeß wegen eines Zusammenstoßes von zwei Vorortszügen der Kasan-Eisenbahn, der sich am 2. Januar 1932 in der Nähe der etwa 20 km. östlich Moskau gelegenen Station Kossino ereignet hatte. Die Katastrophe kostete 68 Personen das Leben, 128 wurden mehr oder minder schwer verletzt. In dem Prozeß sollen 11 an dem Unglück Schuld tragende Personen zur Verantwortung gezogen werden. Ueber das Unfall wurde bisher, der Gepflogenheit der Sowjet entsprechend, keine Mitteilung ausgegeben.

## Tages-Spiegel

Es steht schon heute so gut wie fest, daß die Lausanner Konferenz keine Entscheidung in der Tributfrage bringen wird. Man dürfte zunächst versuchen, eine grundsätzliche Verständigung innerhalb der europäischen Mächte herbeizuführen.

Das Kanzlerorgan, die „Germania“, schreibt zur Tributfrage, daß Deutschland auch keine Minimallasten mehr tragen könne.

Auch Bulgarien ist jetzt zahlungsunfähig geworden und wird weitgehende Erleichterungen seiner ausländischen staatlichen Verpflichtungen verlangen.

Hitler hat nunmehr dem Reichskanzler die Denkschrift überreichen lassen, in der die Gründe für die Haltung der NSDAP. in der Präzedenzfrage dargelegt sind.

Die japanische Regierung hat beschlossen, keine Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes einzuleiten, solange die mandchurische Aktion noch nicht beendet ist.

## Die Landwirtschaft

für Erhöhung der Butterzölle. — Gegen die Schlachtsteuer.

U. Berlin, 18. Jan. Der Reichslandbund hat an den Reichskanzler ein Telegramm folgenden Inhalts gerichtet: Durch fortgesetztes Fallen der Butterpreise deutsche Milch-erzeugung schwerstens gefährdet. Sofortige Erhöhung des Butterzölles auf mindestens 250 RM. je Ds. angesichts der verschiedenen rechtlichen Bestimmungen unumgänglich. Gleichzeitig fordern wir energisches Anpassen der Margarine und ihrer Grundstoffe durch Zölle. Jeder Tag Weiterluft verschärft die landwirtschaftliche Katastrophe. An das Preussische Landwirtschaftsministerium wurde ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die beabsichtigte Einführung der Schlachtsteuer Protest erhoben wird.

## Der Reichskriegerbund gegen die Kriegsschuldfrage

U. Berlin, 18. Jan. Der Reichskriegerbund Kyffhäuser veranstaltete aus Anlaß des Reichsgründungstages im Sportpalast eine deutsche Wehrestunde, an der auch Vertreter der Reichsregierung, der Staatsbehörden, der Reichswehr und Reichsmarine und viele hohe Offiziere der alten Armee teilnahmen.

General von Horn erklärte in einer Ansprache, daß die Kriegsschuldfrage abgewehrt und der auf ihr aufgebaute Grundsat der Tribute gestrichen werden müsse. Die große Forderung dieser Frage sei die Gleichberechtigung in der Wehr- und Sicherheitsfrage. Das deutsche Volk wolle sich nicht mit Versprechungen abweisen lassen, sondern verlange Verneinerung der Unterschrift, wenn nicht Deutschlands Gleichberechtigung in der Wehr- und Sicherheitsfrage hergestellt werde. Die Opfer, die die letzte Notverordnung fordere, könnten nur getragen werden, wenn es in der Tat um das Beste und Höchste gehe, um das ein Volk kämpfen könne, um seine Freiheit und um sein Recht. Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, in der erneut mit Entrüstung die Kriegsschuldfrage zurückgewiesen wird.

## Der Konflikt im Fernen Osten

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Japan?

U. Moskau (über Kowno), 8. Jan. Nach einer amtlichen russischen Meldung aus Schanghai verlautet, daß die chinesische Regierung wahrscheinlich am Montag oder Dienstag den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und China amtlich bekanntgeben werde. Die chinesische Vertretung wird auf der am 25. Januar beginnenden Sitzung des Völkerverbundes in Genf den Antrag stellen, gemäß Artikel 16 der Völkerverbundesstatuten wirtschaftliche Sanktionen gegen Japan zu ergreifen.

Marschall Tschiang Kai-shek hat erklärt, er sei bereit, in eine neue Regierung einzutreten unter der Bedingung, daß man ihm weitere Vollmachten gebe und ihm freie Handlungsweg sowohl dem Auslande als auch dem Inlande gegenüber zusichere. Er vertritt die Ansicht, daß nur durch Zwangsmassnahmen die Ruhe und Ordnung in China wieder hergestellt werden könne.

Pulvermagazin bei Chargin durch japanische Flieger bombardiert

Nach einer russischen Meldung aus Tokio hat ein japanisches Bombenflugzeug 30 Meilen östlich von Chargin Bomben abgeworfen und dabei ein Pulverlager in die Luft gesprengt. Bisher wurden 52 Tote gemeldet.



# Württembergischer Landtag

Landtagssitzung am 11. Februar

Wie wir hören, wird der Landtag gleich nach Fastnacht, am Donnerstag, 11. Februar, zu seiner letzten Tagung vor den Wahlen zusammentreten.

## Aus Württemberg

Preisrichter und Preisverzeichnisse

Polizeipräsident Kläiber hat als Beauftragter des Reichskommissars für Preisüberwachung bestimmt, daß Weizen- und Roggenmehl, Grieß, Graupen, Haferflocken, Nudeln, Grütze, Makkaroni, Reis, Erbsen, Bohnen, Linsen, Zucker, Kartoffeln, Salzheringe, Schweineschmalz, Butter, Margarine, Kofosfett, Kunstspeisefett, Käse, Kakao, Bohnenkaffee, Malz- und Kornkaffee, Obst und Gemüse in Läden, Schaufenstern, Schauläden, auf dem Wochenmarkt, in der Markthalle und im Straßenhandel nur sichtbar ausgestellt oder angepriesen werden dürfen, wenn die Waren mit Preisrichtern versehen sind, aus denen der genaue Preis je Pfund, sowie die handelsübliche Qualitätsbezeichnung der einzelnen Waren ersichtlich ist. Die Preisrichter sind angewiesen, die Durchführung dieser Bestimmungen erforderlichenfalls unter Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel durchzusetzen.

Die Zinsfrage der Württ. Wohnungskreditanstalt

Wiederholt ist darnach gefragt worden, welche Auswirkungen auf die Darlehenszinsen der Wohnungskreditanstalt die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 habe. Die Wohnungskreditanstalt fällt nicht unter diese Vorschriften der Zinsenkung; denn ihr Zinsfuß liegt schon bisher erheblich unter der vorgesehenen Grenze von 6 Prozent. Gleichwohl beabsichtigt von sich aus die Wohnungskreditanstalt, die bei ihr eintretenden Zinsersparnisse ihren Schuldnern nutzbar zu machen. Eine allgemeine Ermäßigung ihrer Darlehenszinsen, die auch mengenmäßig für den Einzelnen nicht erheblich genug wäre, kommt jedoch aus folgenden Gründen nicht in Betracht: In ihrer Bekanntmachung über das Wohnungsbauprogramm 1932 hat die Anstalt bereits auf die sehr bedrückte Lage zahlreicher Bauherren aus dem Jahre 1931 und damit auch auf die Lage der hinter diesen Bauherren stehenden Bauhandwerker und Baustoff-Lieferanten hingewiesen; allein für nachstellige Kredite sind Ansprüche in Höhe von mehreren Millionen Reichsmark zu befriedigen. Bei den völlig ungeklärten Verhältnissen des künftigen Wohnungsbauteils der Gebäudeentwässerungssteuer und der andauernden Inanspruchnahme des Kapitalmarkts hält die Wohnungskreditanstalt es für notwendig, einen Teil ihrer Zinsersparnisse, die übrigens erst im Laufe des Rechnungsjahres eintreten, als Darlehen diesen Bauherren zur Verfügung zu stellen. Außerdem wird die Wohnungskreditanstalt im Einzelfall begründete Gesuche um Zinsermäßigung nach Möglichkeit entgegenkommend behandeln.

Die Zinsherabsetzung in Württemberg

Der Kreditausschuß für den Bezirk Württemberg hat sich gebildet und mit den ihm auf Grund der veröffentlichten Abkommen übertragenen Arbeiten begonnen. Die Soll- und Habenzinssätze für Württemberg sind im engen Anschluß an die von den Spitzenverbänden der Kreditinstitute vereinbarten Sätze festgelegt worden. Alle Unternehmungen, die gewerbmäßig Geldgeschäfte betreiben, auch wenn sie nicht einem der Verbände, die die Abkommen unterzeichnet haben, angehören, sind verpflichtet, die nunmehr festgelegten Bedingungen einzuhalten.

Senkung der gebundenen Preise des Kohleneinzelhandels

Nachdem der Reichskommissar für Preisüberwachung die Senkung der durch Händlervereinbarung festgesetzten Kleinhandelspreise für Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks angeordnet hat, hat der Verein Württ. Kohlenhandlungen e. V. seine Mitglieder in den von ihm herausgegebenen Mitteilungen vom 22. Dezember 1931 entsprechend verständigt. Die Preise sind mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab zu mindern a) um den Betrag, um den der Syndikatspreis geringer wurde, b) um den Betrag, um den die Fracht verbilligt wurde, c) um 15 v. H. des bisherigen Bruttonutzens des Händlers. Der Reichskommissar für Württemberg, Polizeipräsident Kläiber, erlucht die Oberämter und Ortspolizeibehörden, die genaue Durchführung dieser Preisenkung in ihrem Bezirk zu überwachen.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 18. Januar 1932.

Dienstnachricht

Die Wahl des Schreinermeisters Friedrich Hanselmann in Neuweiler zum Ortsvorsteher der Gesamtgemeinde Neuweiler ist vom Oberamt Calw bestätigt worden.

80. Geburtstag

In Neuhäusel feierte kürzlich der frühere Milchfuhrmann Eberhard Hingemach seinen 80. Geburtstag in geistiger und körperlicher Frische. Der Musikverein brachte seinem Ehrenmitglied — Hingemach diente f. B. als Musiker beim Feldart.-Regt. Nr. 13 in Ulm — ein Ständchen. Abends versammelten sich Freunde und Bekannte zu geselligem Beisammensein im Gasthaus zum „Ablen“, wo mancherlei Erinnerungen ausgetauscht wurden. Möge dem Jubilar noch ein recht schöner Lebensabend beschieden sein! — Dieser Tage hat Privatier Volz, der sich in lebenswürdiger Weise hier angenommen hatte, ein sog. „Eiserne Buch“ der Gemeinde übergeben. Dasselbe enthält die Namen sämtlicher aus der Gemeinde ausmarschierter Söhne, die Namen der Gefallenen und eine Chronik der örtlichen Ereignisse während der Kriegs- und Nachkriegszeit. Das Buch wird ein dauerndes Andenken für die Gemeinde sein und späteren Generationen Aufschluß über die schwere Kriegszeit und deren Folgen geben. Herrn Volz gebührt Dank für seine ausgezeichnete Leistung.

# Rundgebung für allgemeine Abrüstung

Die Bezirksleitung Calw des Württ. Kriegerbundes veranstaltete letzten Samstag im überfüllten Saal des Badhofes eine eindrucksvolle Rundgebung für allgemeine Abrüstung und Gleichberechtigung in allen Wehrfragen. Der Sinn dieser im Rahmen einer großen Protestbewegung des Kriegerbundes abgehaltenen Rundgebung war, der Welt den geschlossenen Willen des deutschen Volkes kund zu tun, auf der bevorstehenden Genfer Abrüstungskonferenz die endliche Einlösung des in Versailles zugestandenen einseitigen Versprechens auf allgemeine Abrüstung zu fordern und der gefährdeten Lage des entwaffneten Deutschland inmitten eines Ringes auferlegter Staaten ein Ende zu setzen. Stellv. Bezirksobmann Reichmann begrüßte einleitend die erschienenen Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und neben den anwesenden Kriegervereinen und befreundeten Organisationen, besonders den Calwer Lieberkrantz und den Turnverein, welche sich mit dankenswerter Bereitwilligkeit in den Dienst der Veranstaltung gestellt hatten. Mit Freude konnte Herr Reichmann feststellen, daß die Calwer Bürgerschaft in entscheidenden Momenten stets zur Stelle sei. Zum erstenmal seit 18 Jahren habe eine deutsche Regierung die Weiterleistung der Tribute abgelehnt und zugleich sei die hiermit in engem Zusammenhang stehende Abrüstungsfrage in ein entscheidendes Stadium getreten. Wenn man sich vergegenwärtige, daß zahlenmäßig die heutige deutsche Wehrmacht dem Stand der preußischen zur Zeit Friedrichs des Großen entspreche, während die Wehrkraft der umliegenden Fremdstaaten durch rastloses Wettrüsten ungeheuer gestiegen sei, könne kein Zweifel sein, wem heute die erforderliche Sicherheit fehle. Trotzdem wollten die ehemaligen Feindstaaten den gegenwärtigen Zustand der deutschen Wehrlosigkeit verewigen und scheuten sich nicht, trotz der furchtbaren Notlage des deutschen Volkes, unter Drohungen auf weiteren Tribut zu bestehen. Die Rundgebung sollte dazu beitragen, der aus Not geborenen Einigkeit des Volkes Ausdruck zu geben, und wolle den deutschen Vertretern in Lausanne und Genf eine Stütze sein; auch seien von der Bezirksleitung Unterschriften gesammelt worden, um den Nachweis des Volkswillens in der Abrüstungs- und Wehrfrage zu erbringen. Letzterer werde auf der Rundgebung in Lied, Bild und Wort zum Ausdruck kommen, über allem stehe der Spruch: Einigkeit macht stark! Die Vortragsfolge des Abends begann darauf mit der Rezitation eines selbstverfaßten Vortrags durch Oberlehrer H. Keller. Dann leiteten Orchesterdarbietungen der Stadtkapelle, vom Lieberkrantz unter Leitung von Musikdirektor Frank gesungene vaterländische Chöre und drei eindrucksvoll gestellte lebende Bilder: „Die Abrüstung wie sie verprochen war und wie sie in Wirklichkeit ist“ und „Arbeitslosigkeit und Tribute ohne Ende“ zu einem im Mittelpunkt der Veranstaltung stehenden Vortrag von Bezirksobmann Reichmann über: „Wir fordern Abrüstung!“ über. In seinem ausgezeichneten Ausführungen erörterte der Bezirksobmann eingehend den gegenwärtigen Stand des gesamten Abrüstungsproblems, wobei er besonders den klaren deutschen Rechtsanspruch auf allgemeine Abrüstung begründete, den von den Abrüstungsgegnern unter Umgehung des Wilsonschen Sicherheitsbegriffs aufgestellten, deutscherseits abgelehnten Konventionsentwurf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, dessen Ziel die Stabilisierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes, also die Beibehaltung der einseitigen Abrüstung ist, in seinen wesentlichen Einzelheiten erläuterte und nach einer wirkungsvollen Gegenüberstellung der Rüstungsstärken Deutschlands und seiner Nachbarn zu folgenden Schlusfolgerungen kam: Die deutsche Abrüstung war keine alleinsetzende Aktion, sondern die Vorleistung zur allgemeinen Abrüstung. Deutschland ist auf dem Wege der Abrüstung vorangegangen und es verlangt, daß die anderen Staaten nun endlich folgen. Die Abrüstung kann nur

allgemein oder gar nicht sein. Deutschlands Ziel bei der Abrüstungskonferenz ist klar abgesteckt. Unsere Vertreter gehen zu dieser Konferenz mit einer einzigen Forderung, aus der sich alles zwangsläufig ergeben muß. Diese Forderung heißt „Gleichberechtigung“. Als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes fordern wir unser vertragliches Recht, gleiche Sicherheit und gleiche Methoden der Abrüstung. Das deutsche Volk kann sich mit dem noch heute bestehenden Zustand minderen Rechts nie und nimmer abfinden. Das gebietet nicht nur seine Selbstachtung und seine nationale Ehre, das fordert ebenso sehr sein Lebensinteresse. Deshalb fordern wir, daß diesem Zustand der Ungleichheit, diesem Zustand minderen Rechts, in dem wir uns befinden, ein Ende gemacht wird. Deshalb lehnen wir in Genf jede einseitige Entwaffnung Deutschlands ab, deshalb unterschreiben wir in Genf nur ein Dokument, das uns Recht und Freiheit bringt. Beim Vergleich der Rüstungsstärken gab der Vortragende zu vor folgenden einprägsamen Uebersicht: Millionenheere mit ungeheuren technischen und fortifikatorischen Kampfmitteln umschließen wie ein furchtbarer Wall Deutschlands waffenberaubte Wehrmacht hinter offenen Grenzen. Für den Kriegsfall ist Frankreich, was die Truppenzahl und die technischen Mittel angeht, heute 50mal so stark ausgerüstet wie Deutschland. Das heißt: auf je 10 Kilometer der deutschen Westgrenze kann Deutschland nur 243 Mann und 2 leichte Maschinengewehre aufmarschieren lassen, dazu auf je 100 Kilometer 7 leichte Geschütze, 18 leichte und 2 schwere Maschinengewehre, alles andere fehlt. Frankreich dagegen kann ins Feld stellen: auf je 10 Kilometer seiner Ostgrenze 69 122 Mann, 23 leichte, 25 schwere Geschütze, 318 leichte, 258 schwere Maschinengewehre, 41 Kampfwagen, 36 Flugzeuge. Und Belgien: 33 431 Mann, 17 schwere, 38 leichte Geschütze, 187 leichte, 73 schwere Maschinengewehre, 14 Kampfwagen und 15 Flugzeuge. Ein gleiches Bild erdrückender Uebermacht ergibt sich für den Osten. Hier stellt gegenüber der dünnen deutschen Verteidigungslinie Polen auf je 10 Kilometer Grenzfront 11 188 Mann, 7 leichte, 2 schwere Geschütze, 32 leichte, 22 schwere Maschinengewehre, 1 Kampfwagen und 5 Flugzeuge. Die Tschechoslowakei kann je 8506 Mann, 5 leichte, 2 schwere Geschütze, 42 leichte, 8 schwere Maschinengewehre und 3 Flugzeuge aufmarschieren lassen. Nichts kann die ständige furchtbare Bedrohung Deutschlands durch die Rüstungsgleichheit und unsere Rüstungsunfreiheit deutlicher zeigen als diese Gegenüberstellung. Im Anschluß an den wertvollen Vortrag nahm die Versammlung einstimmig eine von Bürgermeister Göhner verlesene Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Die Versammlung weist mit Entrüstung die schamlose Lage von Deutschlands Alleinschuld am Weltkrieg zurück und protestiert entschieden und feierlich gegen die dem deutschen Volk mit allen Mitteln der Gewalt und Rechtsbeugung und gegen die unter allerlei nichtigen Vorwänden immer wieder hinausgeschobene Erfüllung feierlicher Versprechungen aufgezogene Ungleichheit in allen Wehrangelegenheiten. Sie fordert von der Internationalen Abrüstungskonferenz im Februar 1932, daß Deutschlands Recht auf Sicherheit und Gleichberechtigung endlich anerkannt werde und „die Andern“ abrüstet, wie Deutschland es längst getan hat.“ Ein lebendes Bild „Deutschland in Fesseln“ veranschaulichte die Hoffnung auf ein baldiges Brechen der Ketten. Die Versammlung sang stehend das Deutschlandlied. Der restliche Teil der Vortragsfolge wurde durch einen Chor des Lieberkrantz, Marschweisen der Stadtkapelle und hervorragende turnerische Darbietungen einer Frauen- und Männerriege des Turnvereins unter Leitung der Turnwartin Jahn und Pantle bestritten. Der Dank, den Bezirksobmann Reichmann zum Schluß der Rundgebung allen an der Veranstaltung Beteiligten zollte, war, wie auch der reiche Beifall bewies, wohl verdient.

Ein Missionar aus Borneo

Auf der an Wasser und Urwald so reichen Insel Borneo hat die Basler Mission ein schwieriges Arbeitsgebiet unter den abergläubischen Volksstämmen der Dajak, jener einst so berüchtigten Kopfsäger. In den nächsten 14 Tagen wird in zahlreichen Gemeinden der fesselnde und lehrreiche Missionar aus jener fremdartigen Welt zur Vorführung kommen. In großer Reichhaltigkeit ziehen Bilder aus dem Leben der Malaien an der Küste und der Dajak im Urwald an uns vorüber. Der Besuch des Missionars bei den Eingeborenen, die Mühen des Reisens, der Kampf des Nudersbootes mit den Stromschnellen, die heidnisch-religiösen Umzüge, Tänze und Opferhandlungen, die Arbeit des Missionars in Schule und Gemeinde, — das alles wird uns lebendig vor Augen geführt. Der Film bietet also für jedermann eine reiche Fülle wertvollster Eindrücke über Land und Leute, Heidentum und Mission in Borneo. (Siehe Anzeige in der heutigen Ausgabe.)

Wetter für Dienstag und Mittwoch

Der Hochdruck im Südoften hält die nordwestliche Depression zurück. Für Dienstag und Mittwoch ist mehrfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Höfen a. Enz, 17. Jan. Beim Spiel an der Autohaltestelle Enzbrücke lief die hiesige 11jährige Lore Sieb unvorsichtigerweise in ein vorüberfahrendes Personenauto. Sie wurde mehrere Meter weit geschleift und auf die Seite geschleudert. Außer erheblichen Schürfungen im Gesicht und an den Beinen erlitt sie eine Ausrenkung des linken Armes aus der Schultergelenkhöhle. Das Auto brachte die Verletzte ins Krankenhaus Neuenbürg.

St. Pforzheim, 17. Januar. Eine letzte Woche im Städt. Saalbau abgehaltene Versammlung der NSDAP. wurde um 9 Uhr polizeilich aufgelöst, da der Redner Wolfersbörfer, M. v. R., trotz viermaliger Warnung die Regierung in verächtlich machender Weise angriff. Der Saal wurde polizeilich geräumt, ebenso der Vorplatz. Der Redner wurde festgenommen. Es bildeten sich auf der Straße an verschiedenen Stellen Sprechchöre, die durch die Polizei auseinandergetrieben wurden. Dabei wurde der Anführer eines Sprechchors und ein Helfer von Riefen wegen Tragens eines Abzeichens der NSDAP. vorläufig festgenommen und in polizeiliches Gewahrsam verbracht. Starke Polizeistreifen sorgten für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

St. Stuttgart, 17. Jan. In der Nacht zum Donnerstag wurden die Kassen der Heidehoffschule und der Cannstatter Oberrealschule ausgeraubt. Die Einbrecher hatten sich gerade diese Zeit ausgesucht, in der die Schulgeldzahlungen geleistet werden müssen und in der sie demnach größere Geldebeträge vorzufinden hofften. Man nimmt an, daß es sich in beiden Fällen um dieselben Einbrecher handelt.

St. Stuttgart, 17. Jan. Der wegen des in den Pfingsttagen 1931 an dem Kaufmann Steiner aus Stuttgart im württembergischen Schwarzwald begangenen Raubmordes am 29. September vom Schwurgericht Stuttgart zum Tode verurteilte Bauarbeiter Gottlieb Lachenmaier hat beim Reichsgericht in Leipzig mit seiner Revision durchgesetzt, daß das von ihm angefochtene Urteil wegen eines durchgreifenden Verfahrensverstößes aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde.

## Geschäftliches

Auf einfache Art, billig und zuverlässig, will heute jede Hausfrau ihre Arbeiten verrichten. Der Waschtag ist nicht mehr ein Tag der Arbeit, Sorgen und Mühe, wenn sie sich die Fortschritte der Technik zunutze machen. Eine erprobte Neufheit, die große Vorteile in sich vereinigt, ist die elektrische Waschmaschine „Sigma“. Bequemste Handhabung, der große Vorteil, keine scharfen bleichenden Waschmittel verwenden zu müssen, sondern nur mit Seife und Seifenflocken, die lose und in Packungen überall billig zu haben sind, eine blendend weiße Wäsche zu erhalten, geben dieser Maschine gegenüber allen andern den Vorzug. Im Schaufenster des Seifenspezialgeschäfts Hauber, Lederstraße, ist eine solche Maschine im Betrieb zu sehen.

